

## **Geschäftsbericht 2002**

### **Organisation**

Per 1. Januar 2002 ist Gemeinderätin Ursula Begert, Bern, vom Präsidium der Städteinitiative zurückgetreten. Die Nachfolge hat Stadtrat Ernst Wohlwend, Winterthur, übernommen.

Auf Anfang des Berichtsjahres ist das neue Reglement der Städteinitiative in Kraft getreten. Damit hat die Organisation den Schritt von der informellen Interessenvereinigung zu formellen Strukturen vollzogen. Die neue Positionierung als Fachorganisation des Schweizerischen Städteverbands ermöglicht eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Städteverband.

Dass die Mitgliedschaft in der Städteinitiative erstmals mit Kosten verbunden war, hat die neuen Mitglieder Uster und Adliswil nicht davon abgehalten, der Städteinitiative beizutreten. Der einheitliche Sockelbeitrag von Fr. 1'300 pro Stadt, ergänzt um den individuellen Beitrag gestaffelt nach Einwohner/-innenzahl ist von den Mitgliedern anlässlich der Herbstkonferenz 2001 einstimmig beschlossen worden. Ein Zeichen, dass die Mitglieder die zunehmend professionelleren Dienstleistungen der Städteinitiative und die Vorteile des Mittuns schätzen. Die ersten Erfahrungen nach Einführung der Mitgliederbeiträge stimmen optimistisch, dass künftige Werbeaktionen zur Gewinnung von weiteren Mitgliedstädten erfolgreich sein werden.

Im Mai 2002 wurde Ernst Wohlwend zum Stadtpräsidenten von Winterthur gewählt und hat infolgedessen seinen Rücktritt vom Präsidium der Städteinitiative auf Ende Jahr angekündigt. Per 1. Dezember 2002 hat die Mitgliederversammlung Stadtrat Ruedi Meier, Sozialdirektor Luzern, zum Präsidenten der Städteinitiative gewählt. Der Wechsel von Präsidium und Geschäftsstelle nach Luzern ist ein Schritt hin zu einer stärkeren Vertretung der Zentralschweiz in der Städteinitiative und Basis für eine bessere Vernetzung der zentralschweizerischen Gemeinden in Fragen der Sozialpolitik - ein erklärtes Ziel des neuen Präsidenten.

Im Hinblick auf den Präsidiumswechsel hat das Büro der Städteinitiative beschlossen, die lateinische Schweiz stärker zu gewichten und deren Anliegen mit der Schaffung eines Vizepräsidiums besser einzubinden.

Die enge Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband ist durch den Einsitz des Direktors des Städteverbands im Büro der Städteinitiative gewährleistet. Das Büro wurde per 1.12.2002 in folgender Zusammensetzung neu gewählt:

Stadtrat Ruedi Meier, Sozialdirektor Luzern: Präsidium

Präsidium  
Ruedi Meier  
Sozialdirektor, Luzern

Vice-Présidence  
Marie-Thérèse Maradan  
Ledergerber  
Directrice des Affaires  
sociales, Fribourg

**Geschäftsstelle**  
Stadt Luzern  
Sozialdirektion  
Beat Däppeler  
Hirschengraben 17  
6002 Luzern  
T 041 208 81 32  
F 041 208 87 39  
staedteinitiative  
@stadtluzern.ch

**www.**  
**staedteinitiative.ch**

Secrétariat Suisse  
latine  
initiative-villes@  
lausanne.ch

Stadträtin Marie-Thérèse Maradan Ledergerber, Sozial- und Bildungsdirektorin  
Fribourg: Vizepräsidium

Gemeinderätin Ursula Begert, Direktorin für Soziale Sicherheit Bern  
Stadträtin Maja Ingold, Vorsteherin Departement Soziales Winterthur

Als Mitglieder mit beratender Stimme:

Dr. Urs Geissmann, Direktor Schweizerischer Städteverband

Beat Däppeler, Stabschef Sozialdirektion Luzern: Geschäftsstellenleiter  
Deutschschweiz

Philippe Meystre, Generalsekretär Direction de la Sécurité sociale et de  
l'environnement Lausanne: Leiter Secrétariat Romand

Dr. Michael Hohn, Amtsleiter Sozialamt Bern: Vorsitzender AG Leitende  
Angestellte.

Die Städteinitiative ist in den wichtigen sozialpolitischen Gremien vertreten.  
Frau Stadträtin Monika Stocker, Zürich, vertritt die kommunale Ebene im  
Vorstand der Sozialdirektorenkonferenz (SODK) und Rolf Mägli, Leiter  
Sozialamt Basel, ist Vertreter der Städteinitiative in der Tripartiten  
Agglomerationskonferenz (TAK).

### **Schwerpunkt 2002: Familienpolitik**

Ende 2001 haben die Mitglieder der Städteinitiative die aktualisierten  
familienpolitischen Forderungen der Städteinitiative "Postulate zur  
Familienpolitik 2001 – Das 4-Säulenmodell" verabschiedet. Die Forderung,  
alle wichtigen familienpolitischen Kräfte zu bündeln, konnte bereits anfang  
2002 umgesetzt werden. Auf Initiative der Eidgenössischen  
Koordinationskonferenz für Familienfragen (EKFF) haben sich die fünf  
Hauptakteure im Bereich Familienfragen zusammengeschlossen zur  
"Perspektive Familienpolitik". Neben EKFF und Städteinitiative engagieren  
sich die SKOS, Pro Familia und Pro Juventute in der "Perspektive  
Familienpolitik". Das Positionspapier "Die Leistungen aller Familien  
anerkennen" ([www.staedteinitiative.ch](http://www.staedteinitiative.ch)) oder  
[http://www.bsv.admin.ch/organisa/kommiss/ekff/d/d\\_position.pdf](http://www.bsv.admin.ch/organisa/kommiss/ekff/d/d_position.pdf))  
wurde im August der Öffentlichkeit vorgestellt, der gemeinsame Auftritt fand  
ein breites Medienecho. Die Perspektive Familienpolitik betreibt  
kontinuierliche Lobbyarbeit auf Bundesebene und hat unter anderen die  
Parlamentarischen Initiativen Fehr und Meier-Schatz zur Einführung von  
Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien, beziehungsweise  
für die Anstossfinanzierung für Angebote familienergänzender Betreuung,  
unterstützt.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit hat sich  
die "Städtekoordination „familienergänzende Betreuung, zum Ziel gesetzt.  
Die Städte Basel, Bern, Biel, Schaffhausen, Luzern, Zug, St. Gallen, Zürich  
und Winterthur arbeiten gemeinsam an der Weiterentwicklung des von Zü-  
rich entwickelten Instrumentes zur Bedarfserhebung. Daneben arbeitet die

Gruppe am Projekt Benchmarking. Ziel ist, vergleichbare Datengrundlagen als Führungs- und Planungsinstrumente zu entwickeln.

Im September konnte der Präsident der Städteinitiative auf Einladung des Schweizerischen Gemeindeverbandes vor der Parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik zum Thema Familienpolitik die Anliegen der Städte vertreten.

### **Sozialhilfe im Städtevergleich – Kennzahlenbericht 2001**

2001 war das vierte Jahr in Folge, in welchem die Städte Basel, Bern, Lausanne, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen, Winterthur und Zürich ihre Kennzahlen der Sozialhilfe miteinander verglichen. Der Kennzahlenbericht 2001 weist einen Rückgang der Fallzahlen aus – leider ein Zwischenhoch, stiegen doch im ersten Quartal 2002 die Zahlen bereits wieder an. Der Kennzahlenvergleich zeigt, dass die familienpolitischen Forderungen der Städteinitiative nach wie vor aktuell bleiben. Insbesondere muss die Rolle der Sozialhilfe als Auffangbecken für strukturelle Armutsrisiken neu überdacht werden.

### **Neukonzeption Öffentlicher Auftritt der Städteinitiative**

Als ersten Schritt zur Professionalisierung des Auftritts der Städteinitiative wurden die Begriffe überprüft. Via Vernehmlassung haben sich die Mitglieder einen neuen Namen gegeben: Anstelle von "Städteinitiative JA ZUR SOZIALEN SICHERUNG" nennt sich die Fachorganisation des Städteverbandes nun "Städteinitiative Sozialpolitik" – "Initiative des villes: politique sociale".

Die neuen Geschäftsdrucksachen geben dem Auftritt der Städteinitiative ein professionelleres Bild. Auch die website wird neu konzipiert und im Frühling 2003 aufgeschaltet.

Um die Vernetzung der Städte noch vermehrt zu fördern, wird im Internet ein neues Gefäss "Infopool" eröffnet. Ziel ist es, den Mitgliedern einen einfachen Zugang zu Berichten aus der Werkstatt, laufenden Projekten und Grundlagenpapieren aus anderen Städten zu ermöglichen. Unkompliziertes, informelles "Lernen von den Anderen" soll Kultur werden. Ressourcen können gebündelt (und gespart) werden, denn es ist nicht notwendig, dass jede Stadt für jede Problemlage die entsprechenden Projekte neu erfindet. Im Unterschied zu den offiziellen Positionspapieren der Städteinitiative, sind die Informationen im Infopool nicht öffentlich. Der Infopool wird mit Passwort geschützt und nur für die Mitglieder der Städteinitiative zugänglich sein – ein Argument mehr, der Städteinitiative beizutreten!

### **Konferenzen**

Zweimal jährlich wird die Mitgliederversammlung der Städteinitiative durchgeführt, an der sowohl die politische Ebene als auch die Verwaltung teilnehmen. Diese Konferenzen sind gut besucht, was zeigt, dass der Informationsgehalt sowie die Möglichkeit des Austauschs untereinander für die Mitglieder wichtig sind. Neu wurden 2002 die Konferenzen zeitlich ausgedehnt

auf einen ganzen Tag, was eine intensive Bearbeitung von Themenschwerpunkten erlaubt. Zudem bleibt mehr Raum für Informelles und Vernetzung. Referate und Beiträge werden seit 2002 jeweils am Konferenztag auf Internet geschaltet und sind somit den Mitgliedern, die an einer Teilnahme verhindert sind sowie der breiten Öffentlichkeit zugänglich.

An der Frühlingskonferenz vom 6. Mai 2002 in Lausanne wurden zwei Schwerpunktthemen behandelt: die Sans Papiers sowie die Fragen rund um die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss hat zu den familienpolitischen Postulaten der Städteinitiative Stellung genommen.

Die Auswirkungen des NFA auf die Sozialpolitik und die Städte waren Thema der Herbstkonferenz vom 14.11.2002 in Basel. Am Nachmittag haben Vertreter der Städte Basel, Bern, Winterthur und Lausanne ihre Projekte zur Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) vorgestellt. Bilanz der Konferenz war die Bestätigung, dass sich das Lernen voneinander lohnt und noch verstärkt werden muss – auf der Ebene von städtischen Projekten als auch auf der Ebene der Politik!

#### **Ausblick**

In der zweiten Hälfte des Jahres hat das Büro der Städteinitiative die Geschäftsplanung für 2003 an die Hand genommen. Schwerpunkte werden die Asylpolitik sowie die Existenzsicherung im Föderalismus sein. Die Familienpolitik bleibt Dauertraktandum der Städteinitiative. Solange die gesamtschweizerische Sozialhilfestatistik des BFS (Bundesamt für Statistik) noch nicht verfügbar ist, wird der Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe weitergeführt. Künftig wird der Interpretation der Ergebnisse noch mehr Gewicht gegeben und die quantitativen Resultate werden durch Schlussfolgerungen für Verwaltung und Politik ergänzt.